



Verkehrsausschuss

53. Sitzung (öffentlich)

18. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Manfred Hemmer (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 a Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660

Vorlagen 13/2363 und 13/2451

Einzelplan 08 - Bereich Verkehr

b Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgeltes für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4528 (Neudruck)

Vorlage 13/2383

1

Zu TOP 1 a findet eine Aussprache zum Bericht des Ministers, gegeben mit Vorlage 13/2451, statt, an die sich die Einzelplanberatung anschließt.

Zu TOP 1 b gibt es keine Wortmeldungen; morgen findet zum Wasserentnahmeentgeltgesetz eine Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses statt.

2 Bestandsaufnahme der Defizite des Landesstraßenbaus in NRW

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/3428

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

7

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

3 Park & Rail - NRW braucht neue Konzepte in der Bahnpolitik

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/4392

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

8

Die Abstimmung wird vertagt, um einen Bericht des Ministeriums abzuwarten.

4 NRW braucht Tempo;

FFH heißt auch: Freie Fahrt auf Hauptwasserstraßen.

Für den Fall einer geplanten FFH-Ausweisung am und im Rhein den umweltfreundlichen Transportweg "Wasserstraße Rhein" sichern.

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/4444

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

10

Der Ausschuss beschließt einstimmig, kein Votum abzugeben mit der Maßgabe an den federführenden Ausschuss, die Kabinettsentscheidung in seine Beurteilung einzubeziehen.

5 Daseinsvorsorge im Spannungsverhältnis von Allgemeinwohl und Wettbewerb

Antrag der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4558

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 12

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die
Stimmen von CDU und FDP angenommen.

6 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4559

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 13

Der Ausschuss beschließt, kein Votum abzugeben.

7 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen - Landes-Hafenentsorgungsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4579

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 13

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und
Grünen einstimmig angenommen.

**8 VIERTEN SPIEGEL FÜR LKW VERPFLICHTEND EINFÜHREN! -
Toten Winkel als Unfallrisiko für Zweiradfahrer und Fußgänger reduzieren!**

Antrag der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4704

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen 14

Die Abstimmung wird vertagt, um das Ergebnis des Forschungsprojekts auf Bundesebene abzuwarten.

9 Ansiedlung der EASA in Köln 15

StS Hennerkes (MVEL) berichtet.

Nächste Sitzung: 8. Januar 2004

Verkehrsausschuss
53. Sitzung (öffentlich)

18.12.2003
mr-beh

Bei den Um- und Ausbaumaßnahmen bis 3 Millionen € stünden im Haushalt 9 Millionen € und 8 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen. Da die Kommunen aus Not aber bereits 7 Millionen € vorfinanziert hätten - das begrüße er - könne man nicht von Gestaltung sprechen.

Minister Dr. Axel Horstmann antwortet, dass im Einzelfall Planfeststellungsverfahren länger dauerten, als es wünschenswert sei, treffe zu. Dies müsse aber nicht an zu wenig Personal in den Niederlassungen des Landesbetriebs Straßenbau liegen. Bei Landesstraßen seien die Bezirksregierungen zuständig; damit habe der Landesbetrieb nichts zu tun.

Zu den Verkehrslandeplätzen: Die EU-Richtlinie trete 2005 in Kraft. Das Gutachten wolle man im ersten Quartal 2004 vorlegen. Auf den Flughäfen seien die notwendigen Maßnahmen nach den EU-Sicherheitsrichtlinien sowieso in Planung. Das Gutachten diene lediglich der Frage, wofür das Land prioritär eigene Mittel verwenden wolle.

Vorsitzender Manfred Hemmer eröffnet die Einzelplanberatung.

Auf die Frage von **Heinz Hardt (CDU)** zu Kapitel 08 081 - Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs -, wann Titelgruppe 77 - Metrorapid - auf S. 96 endlich abgeschlossen sei, erwidert **Minister Dr. Axel Horstmann**, es bleibe bei Anfang 2004.

Zu TOP 1 b - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - führt **Vorsitzender Manfred Hemmer** aus, der Verkehrsausschuss sei mitberatend und zuständig für Art. 8 - Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen - des Gesetzentwurfs.

Zum Wasserentnahmeentgeltgesetz finde morgen eine Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses statt.

2 Bestandsaufnahme der Defizite des Landesstraßenbaus in NRW

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3428

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Christof Rasche (FDP) führt aus, der Antrag datiere vom 8. Januar 2003. Am 11. März 2003 habe das Ministerium mit Vorlage 13/2042 "Ermittlungen des Erhaltungsbedarfes der Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen" berichtet. Grundlage für den FDP-Antrag sei gewesen, dass sich die Haushaltsansätze für den Landesstraßenbau nach den finanziellen Möglichkeiten des Landes und nach den Notwendigkeiten, die der Sanierungsstau mit sich bringe, richten sollten. In Vorlage 13/2042, S. 7, Abs. 4 stehe, dass es in Nordrhein-Westfalen einen Sanierungsstau gebe, dem mit jährlich 107 Millionen € entgegengewirkt werden könne. - Diese Summe gebe der Haushalt a-